

---

# Einleitung: Zur Aktualität der partizipativen Forschung

# 1

---

## 1.1 Was ist partizipative Forschung?

Partizipative Forschung ist ein Oberbegriff für Forschungsansätze, die soziale Wirklichkeit partnerschaftlich erforschen und beeinflussen. Ziel ist es, soziale Wirklichkeit zu verstehen und zu verändern. Diese doppelte Zielsetzung, die Beteiligung von gesellschaftlichen Akteuren als Co-Forscher/innen sowie Maßnahmen zur individuellen und kollektiven Selbstbefähigung und Ermächtigung der Partner/innen (Empowerment) zeichnen partizipative Forschungsansätze aus. Der Begriff der Partizipation ist von zentraler Bedeutung. Er bezieht sich sowohl auf die Teilhabe von gesellschaftlichen Akteuren an Forschung als auch auf Teilhabe an der Gesellschaft. Ein grundlegendes Anliegen der partizipativen Forschung ist es, durch Teilhabe an Forschung mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Es handelt sich also um ein klar wertebasiertes Unterfangen: Soziale Gerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit, Menschenrechte, die Förderung von Demokratie und andere Wertorientierungen sind treibende Kräfte.

Partizipative Forschung ist kein einzelnes, einheitliches Verfahren, sondern ein „Forschungsstil“ (Bergold und Thomas 2012, Absatz 2), der sich in hohem Maße durch Kontextualität und Flexibilität auszeichnet. Partizipative Ansätze wurden international in verschiedenen Anwendungskontexten mit unterschiedlichen theoretischen und praktischen Bezügen entwickelt und versperren sich vor diesem Hintergrund einer vereinheitlichenden Methodologie und einem einheitlichen methodischen Vorgehen. Michelle Fine und María Elena Torre drücken dies im Hinblick auf *Participatory Action Research* (PAR) wie folgt aus:

PAR is a deeply contextualized process for democratic and justice-based work that does not lend itself to a checklist of practices. (Fine und Torre 2008, S. 416)

In der partizipativen Forschung stehen die Menschen, die an ihr teilhaben, im Mittelpunkt – ihre Perspektiven, ihre Lernprozesse und ihre individuelle und kollektive (Selbst-) Befähigung. Partizipative Forschung ist damit nie ein rein akademisches Unterfangen, sondern immer ein Gemeinschaftsprojekt mit nicht-wissenschaftlichen, gesellschaftlichen Akteuren. Dies wird auch im folgenden Zitat deutlich:

Partizipative Forschungsmethoden sind auf die Planung und Durchführung eines Untersuchungsprozesses gemeinsam mit jenen Menschen gerichtet, deren soziale Welt und sinnhaftes Handeln als lebensweltlich situierte Lebens- und Arbeitspraxis untersucht wird. In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen aus der Konvergenz zweier Perspektiven, d. h. vonseiten der Wissenschaft und der Praxis, entwickeln. Der Forschungsprozess wird im besten Falle zum Gewinn für beide Seiten (. . .). (Bergold und Thomas 2012, Absatz 1)

Die Verschränkung verschiedener Perspektiven markiert einen zentralen Aspekt partizipativer Forschung und stellt eine Voraussetzung für die Erweiterung von Kompetenzen und Wissensbeständen dar. Allerdings eignet sich die im Zitat genannte klassische Unterteilung in „Wissenschaft“ einerseits und (gesellschaftliche) „Praxis“ andererseits nur bedingt, denn die Perspektiven, die in der partizipativen Forschung verschränkt werden, sind häufig vielfältiger. Je nachdem, welcher Ansatz in welchem Kontext zur Anwendung kommt, sind verschiedene Gruppen und Einrichtungen beteiligt. Partizipative Forschung sucht die Zusammenarbeit über bestehende Systemgrenzen hinweg und nimmt damit häufig die Form von transdisziplinären und interprofessionellen Projekten an, die an Schnittstellen von mehr als zwei Systemen angesiedelt sein können. Hinzukommt, dass es innerhalb der Systeme oder Gruppen, die beteiligt werden, unterschiedliche Perspektiven geben kann. Sind beispielsweise Wissenschaftler/innen aus verschiedenen Disziplinen oder Arbeitsfeldern beteiligt, können sie sehr verschiedene Perspektiven haben. Das gleiche gilt für Vertreter/innen unterschiedlicher Professionen und Lebenswelten, sowie für Zuwendungsgeber und weitere Partner, die möglicherweise beteiligt sind.

Die immense Vielfalt partizipativer Ansätze und Begrifflichkeiten weltweit erschwert die Identifikation gemeinsamer Merkmale und Anliegen und deren Besprechung in einer Sprache. Im angloamerikanischen Raum wird teilweise der Begriff *Action Research* als Oberbegriff verwendet (vgl. Reason und Bradbury 2001a, 2008c). Im deutschsprachigen Raum dagegen wird in den letzten Jahren überwiegend der Begriff der partizipativen Forschung gewählt (vgl. Bergold und Thomas 2012; Langer forthcoming; Wright et al. 2010d). Diese Begriffswahl geschieht zum einen in Anlehnung an internationale Ansätze, die diesen Begriff in ihrer Bezeichnung beinhalten (wie *Participatory Action Research* oder *Community-Based Participatory Research*). Zum anderen geschieht sie vor dem Hintergrund

der spezifischen Rezeptionsgeschichte im deutschsprachigen Raum, wo der Begriff der Aktionsforschung stark mit dem Kontext der 1970er-Jahre verknüpft ist (von Unger et al. 2007). Der Begriff der partizipativen Forschung knüpft an diese Rezeptionsgeschichte an und setzt sich gleichzeitig von ihr ab. Denn obwohl partizipative Forschung in der Tradition der Aktionsforschung steht, rückt sie mit dem Begriff der Partizipation das Element der Beteiligung/Teilhabe (statt Aktion) stärker in den Mittelpunkt. Dadurch soll der Fehlschluss vermieden werden, dass es sich um puren Aktionismus oder Aktivismus handle – ein Vorwurf, der gegenüber der Aktionsforschung der 1970er-Jahre erhoben wurde. Die handlungsbezogenen, wertebasierten und politischen Komponenten sind wichtige Anliegen der partizipativen Forschung, aber es wäre unzutreffend, sie darauf zu reduzieren. Partizipative Forschung ist eine engagierte Forschung, die die Möglichkeiten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und empirischen Forschung nutzt, um die sozialen, politischen und organisationalen Kontexte, in die sie eingebettet ist, kritisch zu reflektieren und aktiv zu beeinflussen.

---

## 1.2 Dynamik und Dis-/Kontinuität

Partizipative Forschungsansätze finden international zunehmend Verwendung. Seit Lewin (1946) den Begriff *Action Research* eingeführt hat, haben sich partizipative Forschungsansätze in verschiedenen Regionen und Anwendungsfeldern herausgebildet und weiterentwickelt (vgl. Fals Borda 2001; Gustavsen 2001; Swantz 2008). Besonderen Zuspruch erfuhren die Ansätze in den 1970er-Jahren und aktuell seit den 1990er-Jahren. Im nordamerikanischen Raum hat sich beispielsweise seit den 1990er-Jahren der Ansatz *Community-Based Participatory Research* (CBPR) etabliert und international ist der Ansatz *Participatory Action Research* (PAR) weit verbreitet. Im Jahr 2001 erschien mit dem *Handbook of Action Research* (Reason und Bradbury 2001a) ein erstes englisch-sprachiges Überblickswerk. Mittlerweile ist das umfangreiche Handbuch in seiner zweiten, erweiterten Auflage erschienen (Reason und Bradbury 2008c). Vernetzungs- und Publikationsaktivitäten verdeutlichen den aktuellen Trend, dass sich partizipative Forschungsansätze in einer Wachstumsphase befinden (Dick 2011). Zu den aktiven Netzwerken im transatlantischen Raum gehören beispielsweise das nordamerikanische *Community Campus Partnerships for Health* (CCPH), das *Urban Research-Base Action Network* (URBAN), das europäische *Collaborative Action Research Network* (CARN) und in Deutschland das *Netzwerk für Partizipative Gesundheitsforschung* (PartNet). Eine Reihe von Zeitschriften bei angesehenen Verlagen widmen sich partizipativen

Ansätzen, wie *Action Research* (Sage), *Educational Action Research* (Taylor & Francis), *Action Learning: Research and Practice* (Routledge), *Systemic Practice and Action Research* (Springer) und *Progress in Community Health Partnerships* (Johns Hopkins University Press). Auch in Zeitschriften und Handbüchern für qualitative Sozialforschung haben Beiträge zu partizipativer Forschung einen Platz (Brydon-Miller et al. 2011b; Levin und Greenwood 2011; Thesen und Kuzel 1999). Die Vielfalt der partizipativen Ansätze und Begrifflichkeiten nimmt dabei eher zu als ab (Dick 2011). Das ist der Entwicklung einer kohärenten Methodologie in der partizipativen Forschung nicht unbedingt zuträglich, entspricht aber den vielfältigen sprachlichen, (trans-)disziplinären und fachlichen Kontexten, in denen partizipative Ansätze entwickelt und weiterentwickelt werden.

Die Entwicklungen im deutschsprachigen Raum sind von einer besonderen Dynamik und einem Spannungsverhältnis zwischen Kontinuität und Diskontinuität geprägt. Anders als beispielsweise in Großbritannien, wo der Aktionsforschungsansatz seit den 1950er-Jahren kontinuierlicher besprochen wurde, begann seine Rezeption hierzulande vergleichsweise spät und erlebte in den studentenbewegten 1970er-Jahren eine ausgeprägte, aber kurze Blüte. Im Verlauf der 1980er-Jahren ebte das Interesse wieder ab – so sehr, dass Herbert Altrichter und Peter Gstettner in den 1990er-Jahren zu dem Schluss kamen, die Aktions- oder Handlungsforschung sei aus der deutschsprachigen Forschungslandschaft wieder weitgehend verschwunden (Altrichter und Gstettner 1993). Sie führten verschiedene Gründe an, darunter die grundsätzliche methodologische Kritik an dem Ansatz: „Ist das noch Wissenschaft?“ (Altrichter 1990). Probleme in der praktischen Umsetzung zeigten zudem, dass die Ziele, die von einigen Aktionsforscher/innen verfolgt wurden, nicht realisierbar waren. Mit dem Abklingen der Student/innen-Bewegung und einer konservativeren, weniger reformfreundlichen Forschungsförderpolitik verebte in den 1980er-Jahren die Unterstützung, und die Schwächen der Gemeinschaft der Aktionsforscher/innen kamen zum Tragen: Die deutschen Aktionsforscher/innen waren untereinander zerstritten und hatten sich weder national noch international Verbündete gesucht. All das, so Altrichter und Gstettner (1993), trug dazu bei, dass die Aktionsforschung wieder von der Bildfläche verschwand – so schien es zumindest.

Auf den zweiten Blick lässt sich erkennen, dass auch in der deutschen Forschungslandschaft bestimmte Aspekte des Ansatzes weiter verfolgt wurden. Dies betraf einzelne Feldern und Disziplinen (wie die Gemeindepsychologie, die internationale Entwicklungszusammenarbeit, die Organisationsentwicklung und die Erziehungswissenschaft) und geschah unter neuem Namen (etwa der Praxisforschung in der Sozialen Arbeit) (vgl. von Unger et al. 2007). Einige zentrale methodologische Fragen, die von der Aktionsforschung thematisiert wurden – zum Beispiel hin-

sichtlich der Beteiligung von Akteuren aus dem Forschungsfeld, der Verstrickung von Forscher/innen in das Forschungsfeld und des Stellenwertes von Subjektivität und Reflexivität – wurden in der qualitativen Sozialforschung weiter bearbeitet (vgl. Mruck et al. 2002; Breuer et al. 2002; Roth et al. 2003). Auch in bestimmten anwendungsorientierten Forschungsfeldern wie der Evaluationsforschung, der Zukunftsforschung, der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung und Technikfolgenabschätzung wurden partizipative Anliegen fortgeführt (Bergmann und Jahn 2008; Gülker 2008; Popp 2009). Das heißt, auch im deutschsprachigen Raum gab es neben einem offensichtlichen Bruch mit der Aktionsforschung (weniger offensichtliche) Kontinuitäten und Weiterentwicklungen des Ansatzes.

Darüber hinaus ist in den letzten Jahren ein zunehmendes Interesse an explizit partizipativen Forschungsansätzen zu vermerken: Kürzlich erschienen Sonderausgaben der Zeitschriften *Forum Qualitative Sozialforschung* (Bergold und Thomas 2012) und *Prävention und Gesundheitsförderung* (Wright et al. 2013) zum Thema partizipative Forschung; erste Monographien stellen den Ansatz im Lehrbuchformat vor (Langer forthcoming); Handbücher zur qualitativen Forschung beinhalten Beiträge zu partizipativer Forschung (Bergold und Thomas 2010; Hering 2010); ein Netzwerk für partizipative Gesundheitsforschung (PartNet) wurde gegründet (von Unger und Wright 2010); Workshops und Konferenzen setzen das Thema auf die Tagesordnung (von Unger und Wright 2008); und ein Memorandum zur Forschungsförderung im gesundheitswissenschaftlichen Bereich benennt den Ansatz explizit als förderungswürdig (Walter et al. 2012).

Wie ist diese „Renaissance“ zu erklären? Wieso tritt die partizipative Forschung nun auch hierzulande aus ihrem Schatten- oder Nischendasein? Im Hinblick auf globale Entwicklungen wird argumentiert, dass partizipative Forschung durch gesellschaftliche Kontexte befördert wird, in denen Partizipation und Bürgerbeteiligung politisch an Gewicht gewinnen und Minoritäten im Diskurs eine Stimme bekommen beziehungsweise sich Gehör verschaffen (Ismail 2009). Auch im deutschen politischen Diskurs steht Partizipation derzeit hoch im Kurs. Ein weiterer Grund könnte innerhalb der Sozialwissenschaften zu finden sein. Dort hat sich seit den 1980er-Jahren die qualitative Sozialforschung zunehmend etabliert und ausdifferenziert. Sie hat Formen der involvierten Forschung methodologisch legitimiert und Raum geschaffen für methodische und theoretische Vielfalt. Im angloamerikanischen Raum werden von qualitativen Forscher/innen klare Bezüge zu partizipativen Forschungsansätzen hergestellt und sogar eingefordert (Abraham und Purkayastha 2012; Denzin und Lincoln 2011). Auch in Deutschland sind viele partizipativ Forschende in der qualitativen Forschung verortet und beziehen sich auf sozialkonstruktivistische, interpretative Paradigmen und Diskurse. Es spricht also einiges dafür, dass die qualitative Forschung ein förderliches Klima schafft.

Ein dritter Grund könnte in dem Verhältnis von Gesellschaft und Wissenschaft zu finden sein. Vertreter/innen soziologischer Wissenschaftsforschung haben die These aufgestellt, dass das Verhältnis von Gesellschaft und Wissenschaft im Wandel ist und neue Formen der Wissensproduktion möglich werden. Falls diese These zutrifft, könnte dies eine weitere Begründung dafür liefern, wieso partizipative Ansätze zunehmend auf Interesse stoßen.

---

### 1.3 Neue Formen der Wissensproduktion

Der Wandel des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft wird in der soziologischen Wissenschaftsforschung unter anderem mit dem Modell der „Modus 2-Gesellschaft“ und „Modus 2-Wissensproduktion“ theoretisch konzeptualisiert (Gibbons et al. 1994; Nowotny et al. 2004). Dieses Modell beschreibt, wie sich in modernen Gesellschaften die Grenzen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft verschieben und auflösen: in eine Richtung, die sich durch eine gesellschaftliche Diffusion der Orte, an denen Wissen produziert wird, sowie neue Akteure und Muster der Wissensproduktion auszeichnet. Während in dem traditionellen „Modus 1“ die Grenzen zwischen der Gesellschaft und einer sich als autonom verstehenden Wissenschaft klar gezogen waren, und die Kommunikation vor allem in eine Richtung stattfand (von der Wissenschaft zur Gesellschaft), rücken die beiden Systeme im „Modus 2“ näher zusammen, die Grenzen werden durchlässiger und die Kommunikation fließt auch in die umgekehrte Richtung: Die Gesellschaft spricht zur Wissenschaft (Nowotny et al. 2004); sie fordert ein, dass die Wissenschaft den Anwendungskontext des Wissens stärker berücksichtigt und Wissen anwendungsorientiert generiert. Der „Modus 2“ wird wie folgt charakterisiert:

(. . .) dass es in der Wissenschaft von heute sehr viel mehr Akteure als früher gibt, dass mehr Kräfte – gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische – auf die Wissenschaft einwirken und dass es eine Explosion von Erwartungen an die Fähigkeit der Wissenschaft gegeben hat, nützliche Antworten auf eine ständig wachsende Zahl gesellschaftlicher Probleme zu geben. (Nowotny et al. 2004, S. 73)

Diese Erwartungen haben zu neuen Formen der Wissensproduktion, neuen Orten und Organisationsformen geführt (z. B. Spin-offs, Ausgründungen, Think-tanks u. ä.). Das Modell legt nahe, dass die Wissenschaft auf die veränderten Bedingungen und Erwartungshaltungen reagiert, insbesondere auf den ökonomischen Verwertungsdruck.

Gegen das Modell wird eingewendet, dass ihm eine empirische Basis fehle, es zu keinem Zeitpunkt eine reine „Modus 1“-Wissenschaft gegeben habe, und die schematische Unterteilung in Modus 1 und 2 die tatsächliche Vielfalt der Verknüpfungen und Verschränkungen von wissenschaftlichen Erkenntnisprozessen mit Verwender/innen, Nutzer/innen und anderen gesellschaftlichen Akteuren zu verschiedenen Zeiten der Wissenschaftsgeschichte unzulässig verkürze (Knie und Simon 2010; Weingart 1999). Allerdings stellen auch die Kritiker/innen des Modells nicht infrage, dass sich die Wissenschaft im Wandel befindet und die mit dem Begriff Modus 2 beschriebenen Entwicklungen zwar nicht für das gesamte Wissenschaftssystem verallgemeinerbar sind, aber auf bestimmte Teilbereiche der Wissensproduktion durchaus zutreffen (Weingart 1999).

Für den Bereich der Gesundheitswissenschaften lässt sich beispielsweise argumentieren, dass die beschriebenen Entwicklungen zutreffen. An die Gesundheitswissenschaften wurde seitens der Gesellschaft in den letzten Jahren verstärkt die Forderung gerichtet, die Wirksamkeit von medizinischen und anderen Maßnahmen nachzuweisen und damit wissenschaftliche Evidenz herzustellen, die eine verbesserte, evidenzbasierte Praxis der Gesundheitsversorgung ermöglicht. Debatten um Evidenz nehmen seitdem in den Gesundheitswissenschaften einen zentralen Platz ein. In diesem Kontext haben Vertreter/innen der partizipativen Forschung nun die Position vertreten, dass die neuen Aufgaben nicht allein mit klassischen Forschungsansätzen zu erfüllen seien. Die Anschlüsse am Nexus von Wissenschaft und Praxis seien brüchig, der Transfer von wissenschaftlichem Wissen in die Praxis gelinge nur unvollkommen und die Produktion von Wissen allein reiche nicht aus: „(. . .) the mere generation of knowledge does not necessarily mean that these new insights will diffuse into policy and practice“ (De Leeuw et al. 2008, S. 7). Partizipative Verfahren versprechen an diesem Punkt eine Lücke zu schließen. Sie stellen Anschlüsse her, machen bestehende Systemgrenzen durchlässig, und ermöglichen neue Formen von Wissen im Prozess einer kooperativen Wissensgenerierung. Will man eine evidenzbasierte Praxis, wird argumentiert, so benötige man eine praxisbasierte Evidenz (Green 2009). Das heißt, die Wirksamkeit von Maßnahmen muss unter Praxisbedingungen nachgewiesen werden. Dazu eignen sich partizipative Ansätze, bei denen Wissenschaftler/innen mit Expert/innen aus der Praxis und potentiellen Nutzer/innen des Wissens, wie zum Beispiel den Akteuren und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, bereits im Forschungsprozess eng zusammen arbeiten. Diese Argumentationslinie hat wesentlich dazu beigetragen, partizipative Ansätze in der nordamerikanischen Gesundheitsforschung zu legitimieren und ihre finanzielle Förderung in großem Stil zu ermöglichen (Green 2003; Minkler und Wallerstein 2003). Unterstützt wurde dies durch Diskurse der Nutzerorientierung und Patientenbeteiligung im Gesundheitswesen, die

parallel zur Evidenzdebatte verlaufen (und teilweise mit ihr verknüpft sind). Das Beispiel legt nahe, dass der Ansatz der partizipativen Forschung den Erfordernissen einer Modus 2-Wissensproduktion entgegenkommt und in Bereichen, in denen Modus 2-Entwicklungen anzutreffen sind, befördert wird.

Grundsätzlich muss allerdings berücksichtigt werden, dass Gesellschaften sehr heterogene Gebilde sind, die nicht ‚mit einer Stimme sprechen‘. Verschiedene gesellschaftliche Akteursformationen richten unterschiedliche Erwartungen an die Wissenschaft. Die Forderungen, die aktuell an die Wissenschaft gestellt werden, sind stark von Ökonomisierungstendenzen geprägt. Diese Tendenzen sind mit bestimmten Ansätzen der partizipativen Forschung, wie Formen der Aktions- und Praxisforschung, kompatibel, die sich beispielsweise in der betrieblichen Organisationsentwicklung etabliert haben. Diese Ansätze sind in ihrem Selbstverständnis teilweise weniger gesellschaftskritisch-politisch ausgerichtet, sondern stehen stärker in einer pragmatischen, anwendungsorientierten Tradition: Sie unterstützen Qualitätsentwicklungsprozesse in Organisationen und arbeiten zum Teil eng mit den Führungseliten zusammen (Cassell und Johnson 2006). Andere Ansätze der partizipativen Forschung (wie z. B. PAR) sind dagegen explizit in gesellschafts- und herrschaftskritischen Denktraditionen verwurzelt und arbeiten mit marginalisierten Gruppen und Partnern in der Zivilgesellschaft zusammen. Sie verfolgen Werte wie soziale Gerechtigkeit und den Abbau von sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit und stehen Ökonomisierungstendenzen teilweise dezidiert kritisch gegenüber. Das heißt, es ist genauer zu prüfen, welche Anforderungen jeweils kontextspezifisch von ‚der Gesellschaft‘ an ‚die Wissenschaft‘ gestellt werden und welche Funktion partizipative Forschung in diesen Kontexten erfüllt.

Ein weiterer Einwand bezieht sich auf die Mehrstimmigkeit innerhalb der Wissenschaft. Vertreter/innen der Wissenschaft sind mit neuen Anforderungen konfrontiert, aber sie reagieren darauf sehr unterschiedlich. Es ist nicht so, dass sich ‚die Wissenschaft‘ insgesamt bereitwillig öffnet und verändert. Im Gegenteil, es gibt Bereiche der Wissenschaft und bestimmte wissenschaftliche Akteure, die an der Modus 1- Wissensproduktion, den traditionellen wissenschaftlichen Normen und dem unter anderem von Robert Merton formulierten akademischen Ethos festhalten und ihre Autonomie verteidigen. Der Soziologe Gieryn (1983) hat den Begriff der „Grenzarbeit“ eingeführt, mit dem sich beschreiben lässt, wie Wissenschaftler/innen die Grenzen zwischen Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft und auch zwischen Wissenschaft und gesellschaftlichen Forderungen ziehen. Grenzziehungen dieser Art sind nicht neu, sondern Teil der Antwort auf die Frage „Was ist Wissenschaft?“. Interessant ist hierbei, dass die Wissenschaft aus historischer Perspektive ganz verschiedene Bilder von sich gezeichnet hat: „Science is no single



thing: its boundaries are drawn and redrawn in flexible, historically changing and sometimes ambiguous ways“ (Gieryn 1983, S. 781).

Die Widerstände innerhalb der Wissenschaft gegenüber gesellschaftlichen Forderungen nach Anwendungsbezug und Nützlichkeit und ablehnende Haltungen gegenüber der partizipativen Forschung lassen sich in diesem Sinne als Grenzarbeit begreifen. Teile des wissenschaftlichen Systems lehnen die partizipative Forschung ab, da diese die Grenzen der Wissenschaft anders ziehen oder gar auflösen will. Das wird als Gefahr gesehen: Werden die bisherigen Grenzziehungen im Rahmen des (Modus 1-) Selbstverständnisses der Wissenschaft infrage gestellt, könnte das Ökonomisierungstendenzen Vorschub leisten und einen Verlust an Autonomie bedeuten. Die Ressourcen und Freiheiten von Wissenschaftler/innen wären tangiert. Die Beschäftigung mit Grundlagenfragen und die Einnahme kritischer Perspektiven könnten erschwert und Forschung auf eine Dienstleistungsfunktion für gesellschaftliche Interessen reduziert werden. Diese Einwände sind nicht von der Hand zu weisen. Allerdings vertritt kaum eine partizipative Forscherin oder ein partizipativer Forscher die Position, dass Wissenschaft *ausschließlich* partizipativ gestaltet werden sollte. Es geht eher darum, die partizipative Forschung in den vielfältigen Kanon der Wissenschaft mit aufzunehmen. Vertreter/innen der partizipativen Forschung betonen daher den Gewinn, der aus veränderten und aufgelösten Grenzziehungen folgen kann: Es werden neue Formen der Wissensproduktion und Erkenntnisse möglich, deren Rezeption und Relevanz über das Wissenschaftssystem hinausreichen. Positive gesellschaftliche Entwicklungen können befördert werden. Allerdings beinhaltet diese Perspektive eine Positionierung und normative Setzung (d. h. eine Vorstellung dessen, was gut ist), was wiederum einem traditionellen Modus 1-Wissenschaftsverständnis zuwiderläuft. In diesen Spannungsverhältnissen, die hier nur angerissen werden können, und im Ringen um die Merkmale, Aufgaben und Grenzen der Wissenschaft steht das (wieder-)erwachte Interesse an der partizipativen Forschung.

---

## 1.4 Zur Konzeption der Einführung

Diese Monographie führt in die Konzepte, Verfahren und Probleme qualitativer partizipativer Forschung in den Sozialwissenschaften ein. Sie gibt einen Einblick in die Vielfalt partizipativer Ansätze und die zentralen Prinzipien einer partizipativen Forschungspraxis. Das methodische Vorgehen wird anhand von praktischen Beispielen und Arbeitsschritten illustriert, um den Leserinnen und Lesern eine

Hilfestellung für die Planung, Durchführung und Verwertung eigener partizipativer Forschungsprojekte zu bieten. Die Einführung richtet sich an Studierende und ein weiter gefasstes wissenschaftliches und wissenschaftlich interessiertes Publikum. Im Zentrum stehen die forschungsbezogenen, empirischen Aspekte einer partizipativen Zusammenarbeit.

Das zweite Kapitel bietet einen Überblick über verschiedene Ansätze partizipativer Forschung unter Berücksichtigung ihrer Anwendungsfelder. Dazu gehören die Aktionsforschung (*Action Research*), die Praxisforschung und partizipative Evaluationsforschung, Community-basierte partizipative Forschung (*Community-Based Participatory Research*) sowie weitere Ansätze und Anwendungsfelder.

Bei aller Vielfalt der Begrifflichkeiten, Anwendungsfelder und kulturell-gesellschaftlichen Kontexte zeichnen sich partizipative Forschungsansätze durch einige zentrale Komponenten aus, die in Kap. 3 ausgeführt werden: 1) Beteiligung (Partizipation) von nicht-wissenschaftlichen Akteuren als Co-Forscher/innen am Forschungsprozess; 2) Stärkung dieser Partner durch Lernprozesse, Kompetenzentwicklung und individuelle und kollektive (Selbst-)Befähigung (*Empowerment*); und 3) die doppelte Zielsetzung von Erforschung *und* Veränderung sozialer Wirklichkeit und damit verbunden der Interventionscharakter und die Handlungs-/Anwendungsorientierung der Forschung.

In Kap. 4 werden die Stationen einer partizipativen Forschungspraxis in den einzelnen Arbeitsschritten dargelegt: Zu Beginn des Forschungsprozesses müssen Partner gefunden werden. Je nach Ansatz und Anwendungsfeld sind dies Personen und Einrichtungen, die von einer bestimmten Thematik betroffen beziehungsweise in einem Setting aktiv sind. Anschließend werden gemeinsam Ziele gesetzt und ein Studiendesign entwickelt. Das Repertoire an Methoden, die in der partizipativen Forschung zur Anwendung kommen, ist vielfältig: Neben klassischen Methoden der qualitativen Sozialforschung werden insbesondere auch künstlerische, visuelle und performative Methoden eingesetzt. Daten werden in zyklischen Prozessen von Aktion und Reflexion erhoben und ausgewertet. Die Auswertungsprozesse werden dabei unterschiedlich gestaltet. Das Besondere an partizipativen Auswertungsverfahren liegt darin, dass auch in dieser Phase des Forschungsprozesses Community- und Praxispartner/innen als Co-Forscher/innen beteiligt sind, sowie in der Verschränkung der verschiedenen Perspektiven und Wissensbestände. Die Strategien der Verbreitung und Verwertung der Ergebnisse richten sich nach den jeweiligen Adressaten (Wissenschaft, Politik, professionelle Praxis, lebensweltliche Gemeinschaften), die in der Regel unterschiedliche Formate bevorzugen.

Im fünften Kapitel wird die praktische Umsetzung Schritt für Schritt an zwei ausgewählten Beispielen partizipativer Verfahren dargelegt. Photovoice ist ein Verfahren, das visuelle Dokumentation durch Fotografie und Erzählung in einem

Gruppenprozess verbindet (Catalani und Minkler 2010; Wang und Burris 1997). Mitglieder einer Community machen Fotos von ihren Lebenswelten und werten diese gemeinsam aus. Die Methode besitzt Ähnlichkeiten mit *Participant Photography* und *Reflexive Photography* (Allen 2011; Allen 2012) und wird im Deutschen teilweise als „Foto-Dokumentation“ bezeichnet (Eichhorn und Nagel 2009). Die zweite Methode ist das Community Mapping. Dabei handelt es sich um ein kartografisches, partizipatives Verfahren, das der Visualisierung und Analyse von Merkmalen, Ressourcen und Problemen von lebensweltlichen Gemeinschaften (Communities) dient (Ayala et al. 2005; Kumar 2002; Minkler und Coombe 2007).

In Kap. 6 werden Probleme und Perspektiven der partizipativen Forschung diskutiert. Dabei wird eine Lesart von Konflikten als Qualitätsmerkmal in partizipativen Prozessen vorgeschlagen und der Stellenwert von (Selbst-)Reflexivität im Forschungsprozess diskutiert. Die Reflexion von Machtbeziehungen und forschungsethischen Fragen, wie zum Beispiel Fragen von Anonymisierung, Schadensminimierung und dem Umgang mit Interessens- und Rollenkonflikten stellen sich in der partizipativen Forschung in besonderer Form und mit besonderer Dringlichkeit. Wie jeder methodische Ansatz hat auch die partizipative Forschung Stärken und Schwächen. Die Stärken umfassen unter anderem Erkenntnisgewinn durch Perspektiv-Verschänkungen, Zugang zu und Zusammenarbeit mit so genannten ‚schwer erreichbaren‘ Gruppen sowie potenziell hochwertige Daten und Ergebnisse durch das lebensweltliche Wissen und die Kompetenzen der Co-Forscher/innen. Auch die Überwindung der Grenzen eines selbstreferentiellen Wissenschaftssystems, die Relevanz der Forschung für Akteure außerhalb dieses Systems und die Möglichkeit der Entfaltung sozial-gesellschaftlicher Praxiswirkung können als Vorteile gewertet werden. Die Grenzen und Herausforderungen umfassen unter anderem Umsetzungsprobleme vor dem Hintergrund ungleicher Voraussetzungen für Partizipation, Weichenstellungen und blinde Flecken durch die Partnerwahl, Interessens- und Rollenkonflikte, methodische Einschränkungen, eine nach wissenschaftlichen Standards teilweise eingeschränkte Datenqualität und eingeschränkte Möglichkeiten zur Theoriebildung angesichts des Dienstleistungscharakters der Wissenschaft.

Am Ende dieses Kapitels steht die Verortung der partizipativen Forschung im Wissenschaftskanon. Partizipative Forschung wird als wertebasierte Forschung bezeichnet, die am anwendungsorientierten Ende des Spektrums der qualitativen Forschung angesiedelt ist und die Möglichkeit von Mixed Method-Studiendesigns einschließt. Während partizipative Ansätze in Standardwerken der angloamerikanischen qualitativen Forschung einen festen Platz haben und als zeitgemäß und notwendig bezeichnet werden (Denzin und Lincoln 2011), wurde und wird die partizipative Forschung in den deutschen Sozialwissenschaften kontrovers disku-

tiert. Zentrale Streitpunkte sind die grundsätzliche Verknüpfung von Forschung und Intervention, die wertebasierten, politischen Anliegen der partizipativen Forschung und die teilweise eingeschränkte Möglichkeit zur Theorieentwicklung und kritischen Analyse im Kontext einer anwendungsorientierten, partnerschaftlichen Forschungszusammenarbeit. Die aktuelle internationale Diskussion zu Gütekriterien innerhalb der partizipativen Forschung kann auch als Versuch gewertet werden, Anschlüsse an wissenschaftliche Qualitätsdiskurse herzustellen. Allerdings wird eine nahtlose Einreihung in kanonisierte, wissenschaftliche Diskurse nie ganz gelingen, da sich die partizipative Forschung mit ihren Prämissen und ihrer theoretischen, methodologischen und praktischen Vielfalt grundsätzlich einer einzelnen, festen Verortung und einer Bewertung nach rein wissenschaftlichen Maßstäben entzieht.

Die Schlussbemerkung (Kap. 7) greift einzelne Themen aus der aktuellen Diskussion auf und richtet den Blick nach vorn. Um die methodologische Debatte weiterzuführen, wird vorgeschlagen, stärkere Bezüge zu diskurstheoretischen und wissenssoziologischen Perspektiven herzustellen. Forschungspraktisch gilt es, Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten und dabei von den Anschlüssen an internationale Entwicklungen und Debatten zu profitieren. Da partizipative Forschung erst in der längerfristigen Zusammenarbeit ihr Potenzial voll entfalten kann, bedarf es auch in Deutschland des Aufbaus einer Infrastruktur und Forschungsförderung. Bei der Förderung partizipativer Projekte sollte darauf geachtet werden, genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen – nicht nur um die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure zu ermöglichen, sondern auch für die Herstellung von Bezügen zum Wissenschaftssystem, die zeitaufwendig aber notwendig sind, um partizipative Forschung in wissenschaftlichen Diskursen langfristig zu verankern.